



ISSN 1019-0287

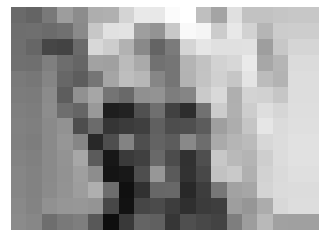
Preis 1,49 €

19. März 2004

erscheint freitags

19/3 - 28/3/2004

(film/theatre/concert/events)



## Selbstbestimmter Tod

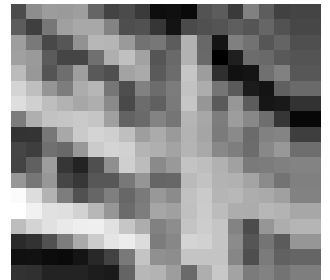
Missbrauchsgefahr sieht der grüne Abgeordnete Jean Huss gerade dann, wenn die Euthanasie verboten bleibt. Denn Sterbehilfe findet mit oder ohne Verbot statt.

interview, Seite 2

## Grün neben grau

Die lange erwartete IVL-Verkehrsstudie hat für LandesplanerInnen wie für StraßenbauerInnen etwas zu bieten. Sie verfehlt aber den Anspruch, integrativ zu sein.

dës woch, Seite 3



## Das langsame Sterben

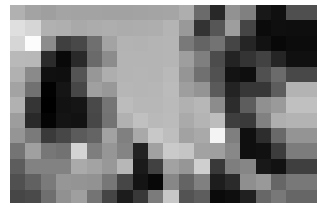
Die Zeit der luxemburgischen Traditionskinos gehört längst der Vergangenheit an. Utopia S.A. beherrscht die Szene.

Magazin, Seite 7

## Ein Albtraum

Mel Gibsons umstrittener "Jesus"-Film lässt die Zuschauer erschauern. So weit muss es nicht kommen. Schauen Sie sich ihn einfach nicht an.

Magazin, Seite 8



Preis: 1,49 €



# Operation Streetwork



*Ein von der Regierung in Auftrag gegebenes Projekt hat sich Jugendlichen im öffentlichen Raum gewidmet.*

*Ob die Jugendlichen das Problem sind oder der öffentliche Raum selbst, bleibt unbeantwortet.*

**aktuell, Seite 6**

(Foto: Archiv)

## NACH MADRID

**"Freie" Wahlen in Spanien: Darüber, wer das Land regieren soll, entscheiden Terroristen mit.**

Die Schuldigen für die Anschläge in Madrid waren schnell ausgemacht. "Mörder, Mörder" riefen aufgebracht SpanierInnen dem noch amtierenden Ministerpräsidenten José Maria Aznar sowie seinem Wunsch-Nachfolger Mariano Rajoy zu. Ihre Aufregung ist verständlich, ihre politische Analyse ist es nicht.

Die ihr zugrunde liegende "Logik", die Beteiligung am Irak-Krieg sei als Ursache für das blutige Attentat in Madrid zu sehen, stützt sich auf mehr als eine falschen Annahme. Das islamistische Netzwerk al Qaida hat sich dazu bekannt, die Bomben in Madrid gezündet zu haben. Den Terroristen geht es dabei jedoch keineswegs darum, aus dem Irak ein freies Land zu machen. Sie bauen darauf, dass ein besatzungsfreies Irak als rechtloser Raum einen guten Ausgangspunkt bildet, die Todesbotschaft in die Welt zu tragen. Wieviel Wert die Islamisten dem Leben der IrakerInnen beimessen, haben sie zur Genüge bewiesen. Bei den unzähligen

Attentaten im Irak kamen in erster Linie irakische ZivilistInnen ums Leben - viele dieser Anschläge werden der Al Qaida zugeschrieben. Al Qaida rächt nicht die Opfer etwaiger westlicher Verbrechen im Osten. Al Qaida führt auch dort einen blutigen Krieg. "Ihr liebt das Leben, wir den Tod", so die Feststellung der Terroristen in ihrem Bekennerschreiben. Wer jetzt in Aznar und seiner Politik die Ursache für die Attentate in Madrid sieht, verkennet diese mörderische Ideologie.

Es gibt mit Sicherheit viele Gründe, die Politik des José Maria Aznar und seines Partido Popular (PP) zu kritisieren. Nichts spricht dagegen, das auch per Stimmzettel zu tun. Doch viele der Menschen, die nun den Wechsel herbeigewählt haben, wollten bis zu den Attentaten vom 11. März etwas ganz Anderes: die Fortsetzung von Aznars Politik, die Weiterführung einer Regierung des konservativen Partido Popular. Daran hatte auch seine Irak-Politik nichts geändert.

Dass die 201 Toten von Madrid die politische Stimmung schlagartig zum Wanken brachten, ist ein weiteres Zeugnis für das ausgesprochene Kurzzeit-Gedächtnis der WählerInnen. Sehr verärgert zeigten sie sich über Aznars letzte politische Tat, die der konservative Politiker vollbrachte, indem er mit allen Mitteln versuchte, der Eta die Bombenattentate zuzuweisen. Das Kalkül, mit Toten Politik zu machen, ging jedoch nicht auf. Zumindest nicht für den Partido Popular.

Anders bei den sozialistischen Kontrahenten. "Der Krieg und die Besatzung des Irak waren ein Desaster und haben nur für mehr Gewalt gesorgt", verkündete José Zapatero kurz nach der Wahl. Obwohl Zapatero mit dem Rückzug der 1.300 spanischen Soldaten aus dem Irak bereits Wahlkampf betrieben hat, zeigt sich dieselbe Aussage nach den Bombenattentaten unter einem anderen Licht.

Gerade vor dem aktuellen Hintergrund hätte etwas Zu-

rückhaltung in dieser Frage von politischem Rückgratzeugt. Auch wenn die Besatzung im Irak kein Erfolg ist, wäre doch zumindest die Diskussion um Alternativen angesagt. Denn auch Kriegsgegnern dürfte klar sein, dass ein Truppenabzug die aktuelle Lage im Irak nicht verbessern, sondern deutlich verschlechtern wird.

Um die Situation der Menschen im Irak geht es jedoch nicht nur den Wahlkämpfern in der Regel nicht. Die Ankündigung eines schnellen Rückzugs aus dem Irak ist ein weiterer Sieg für die Terroristen. Diese "belohnen" den künftigen Regierungschef sogleich mit dem Versprechen, zunächst einmal auf "Gewalt in Spanien zu verzichten". Das Volk habe sich für den Frieden entschieden, indem es die Partei gewählt habe, die gegen die Allianz der USA in ihrem Krieg gegen den Islam war, heißt es in dem Schreiben. Dass dieser "Frieden" erst blutig herbei gebombt wurde, verkennen jedoch nicht nur die "Mörder" rufenden WählerInnen.

Ein Kommentar von  
Daniële Weber